

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Wapenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7708.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Insertionsgebühr
beträgt für die einpaltige
Zeitung über deren Raum
20 Pfennige, für Sterben- und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Dienstag, den 11. März 1899.

10 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Militarismus und Milizsystem.

I.

Die Genossen Schippel und Kautsky behandeln seit geraumer Zeit in der „Neuen Zeit“ das obengenannte Thema in überaus ausführlichen Artikeln. Anlaß dazu bot zunächst ein Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, betitelt „War Friedrich Engels milizgläubig?“, der unter dem Pseudonym Hegrim erschien, als dessen Verfasser sich dann aber Schippel bekannte. In diesem Artikel suchte Schippel nachzuweisen, daß uns die Frage, ob Miliz oder Berufsarmee, nicht viel mehr angehe, wie der Vegetarismus, Naturheilkunde u. s. w. und wir die Entscheidung derselben den Fachleuten überlassen sollten. Kein Geringeres als Friedrich Engels habe sich sehr entschieden gegen den Werth des Milizsystems ausgesprochen.

„Friedrich Engels“ — schrieb Schippel — hat für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksherrn enden sah — was doch gegen die übliche Milizvorstellung einen ebenso fundamentalen Unterschied bedeutet, wie wenn man einerseits glaubt, der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesamtproduktion erzeugen, in die hineinzuwachsen, oder andererseits: man müsse dem heutigen Kapitalismus genossenschaftliche Betriebe entgegenstellen, die ihn durch ihre Ueberlegenheit heute schon schlagen und ersetzen sollen. Ich gebe zu, daß Engels' Aeußerungen über die Entwicklung des Militarismus nicht immer ganz einheitlich lauten. Mitunter macht sich die alte kleinbürgerlich-demokratische Tradition der vierziger Jahre stark geltend. Meist jedoch überwiegt die immer mehr vertiefte Anschauung, daß nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unehelichen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen ist, sondern daß die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystems gleichbedeutend ist mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag.“

Schippel suchte dann durch eine ganze Reihe von Zitaten aus Werken und Briefen Engels die Abneigung desselben gegen das Milizsystem zu beweisen. Gegen diese Auslassungen Schippel's wandte sich dann Kautsky in der „Neuen Zeit“, indem er eine ganze Anzahl entgegengesetzter lautender Aeußerungen Engels zitiert und Schippel beschuldigte in nicht sehr loyaler Weise zitiert zu haben. Zum Schluß sagte Kautsky:

„Ist die Frage, ob Milizarmee oder Berufsarmee, wirklich nur eine solche, die uns nicht mehr angeht als der Vegetarismus und die Kneippkur, und die wir den Fachleuten überlassen sollen? Aber warum dann die Verbissenheit und der Fanatismus unserer Gegner in dieser Frage?“

Sie wissen sehr wohl, worum es sich handelt. Bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik steht die Waffe des Volkes einem gegen sie aufmarschierenden Heere wehrlos gegenüber. Mehr als je ist heute der Herr des Heeres der Herr des Staates. Selbst die demokratischen Fortschrittskräfte dagegen nicht, wie die Rolle des französischen Generalstabes beweist, der die bürgerliche Freiheit mit Füßen tritt, wenn es ihm

paßt. Und doch hat er kein politisches Haupt. Ganz anders noch ist die politische Bedeutung der Armee in einer Militärmokratie. Berufsarmee und Demokratie sind heute zwei Begriffe, die sich ausschließen; die Demokratie ist nur sicher unter dem Milizsystem. Die Frage des Milizsystems ist eine Frage der Demokratie, nicht bloß der „kleinbürgerlichen Demokratie der vierziger Jahre“, sondern weit mehr noch der proletarischen Demokratie von heute, denn das Proletariat besitzt nicht, wie die Bourgeoisie, die Mittel, der Militärmokratie politische Rechte abzukaufen.

Die Frage des Milizsystems ist auch eine Frage der Kultur, denn die Kaserne verrotzt den Soldaten, vermindert seine Tüchtigkeit im bürgerlichen Beruf; das stehende Heer ist eine ständige Kriegsgefahr, ein ständiger Anreiz zur Vermehrung der Rüstungen, unter denen die Völker Europa's erliegen.

Und das alles sollen Fragen sein, die nur die Berufsoffiziere angehen, und wer sich dabei auf Seite der Miliz, der Demokratie, der Kultur stellt, der ist für „Hegrim“ eine komische Figur.

Wir sagen umgekehrt, die Frage des Milizsystems ist für jeden demokratischen Politiker des europäischen Festlands eine der wichtigsten aktuellen Fragen geworden. Wer heute dem Berufssoldatentum Hilfe gewährt, und sei es auch nur moralische, durch Zustimmung, der ist ein Feind der Demokratie, ein Feind des Proletariats.“

Schippel nahm nun in der „Neuen Zeit“ selbst das Wort, um sich gegen Kautsky's Angriffe zu wehren. Er sagte u. A.:

„Der mir zugeschriebene Gedanke, die Sozialdemokratie solle sich hüten, den „Militarismus zu bekämpfen, ohne dessen Fachleute um Erlaubnis zu fragen“, ist so absurd, daß ich mir jedes Wort der Widerlegung sparen kann. Der Meinung bin ich freilich, daß man ein militärisches System um so erfolgreicher und überhaup nur dann mit Erfolg bekämpfen kann, wenn man sich vorher bemüht hat, es in seinen geschichtlichen Voraussetzungen, in seiner historischen Notwendigkeit zu verstehen, es in dem inneren Aufbau seiner Organisation zu verfolgen und nicht rein äußerliche Zufälligkeiten und sehr nebensächliche, freilich auch sehr auffällige Rückwirkungen auf die übrigen gesellschaftlichen Gebiete für sein Wesen und seinen Kern zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird man allerdings niemals die Fachliteratur umgehen können — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß jeder Fachmann Uniform tragen und staatlich angestellt sein müsse. Ich schätze die Engels'schen Schriften darum so hoch und empfehle sie immer und immer wieder den Parteigenossen zum Studium, weil sie in einer, sonst in der Partei unerreichten Weise, auf umfassender Kenntnis auch der eigentlichen Fachliteratur fußen.“

Dann stelle ich mit aller Bestimmtheit noch fest, daß ich auf das „Volksherrn“ als Ziel, als Endziel, auch bei Engels, ausdrücklich und wiederholt hingewiesen habe. Und auch nicht eine Silbe von mir berechtigt Kautsky zu der Redewendung, ich „gehöre zu der Spezies, der der Begriff des Endziels gleichbedeutend ist mit dem des Unerreichbaren“. Ich habe nur betont, daß, wer für die Gegenwart selbst das Schiffelein der zweijährigen Dienstzeit noch mit internationalen Ketten verankert zu sehen wünscht, weil sonst der erste Windstoß den gefährlichsten Großstaat Europa's wieder in den uralten Militarismus hineintreiben könnte — daß der das Endziel „in recht weite Ferne rückt“. Ich möchte auch heute noch der Meinung sein, daß die Waffe unserer Parteigenossen sich die

Sache viel weniger umständlich und zeitraubend denkt, als sie vor einem solchen Standpunkt aus folgerichtig gedacht werden muß.“

Zum Schluß bemerkt Schippel:

„Ist es bei den grundlegenden heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen erträglicher, den Militärdienst möglichst in einen zusammenhängenden Zeitraum zusammenzubringen, oder ist es erträglicher, ihn in eine Reihe jährlicher Theilleistungen zu zertheilen? Wenn, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, eine einjährige Schulung den „ausgebildeten“ Soldaten macht, und wenn zwischen stehendem Heer und Miliz nur das der Unterschied sein soll, „wann und wo die Ausbildung stattfindet“, so frage ich einfach: Ist es besser, jeden Bürger von vornherein darauf gefaßt zu machen, daß er vom zwanzigsten bis zum einundzwanzigsten Jahre „seinem Beruf entsprende, in die Kaserne eingeschlossen“ sein wird, oder ist es richtiger, vom vierzehnten bis vielleicht zum sechsundzwanzigsten Jahre jährliche Einberufungen von vier und mehr Wochen einzuführen? Der „Kastengeist“ mag im letzten Falle weniger großgezogen werden, aber diese fortwährende Störung und Unterbrechung wäre für das heutige Erwerbsleben geradezu eine Tortur. Für den Großbetrieb und für die großindustrielle Arbeiterklasse vielleicht noch am wenigsten. Aber wie viele kleine Ladbauer und Handwerker, deren Betrieb auf zwei Augen ruht, müßten einfach die Bude schließen, wenn Jahr für Jahr dieses Damoklesschwert auf sie niederfiel? Auf das eine Jahr, während dessen man seinen Sohn für die Armee beansprucht, kann sich der Bauer am Ende einrichten; Jahr für Jahr seine hervorragendste, vielleicht seine einzige Arbeitskraft zeitweise einbüßen zu müssen, wäre für ihn der Ruin. Was also das „Wann und Wo“ der Ausbildung anbelangt, das nach Kautsky über Berufssoldat und Milizsoldat unterscheidet, so antworte ich, was die erwerbsfähige, also die der Volksschule erwachsene Bevölkerung anbelangt, unbedenklich: am Besten in einer, zeitlich übersehbaren Dienstleistung. Und das Wo ist damit schon von selber entschieden: im stehenden Heere — wenn man sich darunter das denkt, was vernünftigerweise bei allgemeiner Wehrpflicht allein darunter gedacht werden kann.“

Von der Bestimmung der Unteroffizierschulung auf die Schuljugend verspreche ich mir militärisch sehr wenig und politisch nichts Gutes. Welche Empfindlichkeit haben wir sonst mitunter verrathen, wenn in den Volksschulen auch nur so etwas wie Volkswirtschaft oder Politik gelehrt werden sollte; selbst die üblichen Geschichtserzählungen und die Religion hielten wir für Gift. Nun soll auf einmal der „Feind der Demokratie und des Proletariats“ sein, wer nicht in jedem Dorfe und Weiler die Jugend zu kleinen Kriegervereinen von Unteroffizieren erziehen möchte. Offen gestanden, ich glaube, der Bauern-, der Tagelöhner-, der längere Zeit in der sozialdemokratischen Großkammerarbeit zubringt, ist uns zugänglicher, wie der von Kindesbeinen an irgendwo im Hinterland vom Unteroffizier dressirte Milizsoldat, der nur auf den Fuß die Großstadt einmal erblickt. Darum sehe ich, neben den wirtschaftlichen, auch die politischen Wirkungen des Milizsystems, wie es bei uns allenfalls denkbar wäre, etwas anders an wie üblich. Aber von jeder Feindschaft gegen die Demokratie und das Proletariat fühle ich mich dabei frei. Ich mache nur nicht jedem Gute sofort meine Reverenz, weil eine rothe Hahnenseder auf ihm steht.“

Schon die Geschichte der Jugendwehr-Bestrebungen sollte die hier in der Partei übliche Vertrauenslosigkeit etwas erschüttern. Denn immer und immer wieder wird die militärische Jugendziehung angepriesen auch als konservative Heilsath, als Waffe im Kampfe gegen den Umsturz.“

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreyer.

(Nachdruck verboten.)

Der Geselle blieb nur noch eine Woche in der Werkstätt und zog dann von dannen, weil er plötzlich in dem Wahne lebte, ein Mann geworden zu sein, der große Ansprüche erheben dürfe. Timpe wollte keinen Ersatz für ihn haben. Er besaß jedes neue Gesicht und war so nervös geworden, daß er nicht mehr die Ruhe zu finden hoffte, große Umstände mit Jemand zu machen. Zudem, was konnte ein Mensch bei ihm wohl lernen? Immer noch drechselte er gewöhnliche Holzarbeit, die ihn bereits so anstellte, daß er sie nicht mehr sehen mochte. Am liebsten wäre es ihm gewesen, wenn er ganz allein an seiner Drehbank hätte stehen können. Er würde dann gerade so viel Arbeit ins Haus genommen haben, als er bedurfte, um zu leben. Aber er scheute sich Thomas Beyer auf's Neue zu ersuchen nicht mehr wiederzukommen, denn gewiß würde er tauben Ohren predigen. Dafür brachte er es aber so weit, daß Marie das Wirthschafterin einstellte und nicht mehr überkam. Es genire ihn, ein fremdes Frauenzimmer um sich zu haben, erklärte er ihr frank und frei; und Fräulein Beyer ließ sich das nicht zweimal sagen, trotzdem er ihr erklärte, er schätze sie sehr und habe nicht das Geringste gegen sie. Wenn man aber dreiunddreißig Jahre sein Weib um sich gehabt habe, kann man sich an ein anderes Gesicht schwer gewöhnen. Der wahre Grund seiner Abneigung war ein anderer. Sein Wirthschafterin wuchs von Tag zu Tag; er redete sich ein, die Schwester Anne eben so sehr auf seine Gabseligkeiten zu verweisen, wie ihr Bruder auf seinen Gemüthswechsel.

Er lockte nun seinen Kaffee selbst, hielt sich Frühstück und Abendbrot zu Hause und ließ sich nur das Mittagessen

auch nicht regelmäßig, denn oftmals fiel es ihm ein, sich selbst etwas zu bereiten, dann ging er in aller Frühe zu den Händlern, holte das Rothdürstige ein und bestellte das Mittagmahl ab.

Das ging einige Wochen so. Da trat plötzlich eine für sein Lebensalter verhängnisvolle Wendung ein. Die Hypothek wurde ihm gekündigt und zwar persönlich von dem Inhaber derselben. Es gab keine langen Auseinandersetzungen. Der Darleiher brachte allerlei Gründe vor, die zum Theil berechtigt waren, zum Theil nur zu deutlich die Absicht durchblicken ließen, wieder zu baarem Gelde zu gelangen. Da hieß es denn hinterher: „... Es ist mir zu Ohren gekommen, daß es mit Ihrem Geschäft vollständig bergab gegangen ist... die Stadtbahn hat das Grundstück entwerthet... ich gebrauchte nöthwendig Geld“ u.

In Wahrheit war das nur ein lustiger Vorwand hinter dem sich Spekulationsgellüste verbargen. Der Herr hatte einen nahen Verwandten in der Stadtbauverwaltung, der ihn benachrichtigt hatte, daß demnächst allen Straßen mit der Erweiterung der Straße an dieser Stelle vorgegangen werden sollte. Er setzte nun voraus, das Timpe für sein altes Haus sein neues Geld aufstreuen und daß er dann das Vorkaufsrecht für dasselbe haben würde. Obendrein hatte auch der Fiskus wegen Entsehung der „alten Barade“ mit der Stadt verhandelt. Es lag ihm daran, die Eisenbahnbogen zu verwerthen, was nicht gut möglich war, so lange Timpe's Haus die Gegend verunglückte und den Eingang der Biadulle versperrte.

Der Meister hatte drei Monate Zeit und nur wider Willen eine Beschäftigung in den Straßen Berlins gefunden. Es handelte sich um achttausend Mark, die er aufstreuen sollte. Er lief von früh bis spät, treppauf, treppab, erließ Inzerate, trat mit einem Duzend Menschen in Verbindung, ohne an sein Ziel zu gelangen. Man sah sich das Haus an, künftige in

allen Ecken umher, nahm Einsicht in die Verhältnisse, lief nach dem Grundbuchamt und schüttelte dann mit dem Kopf. Es war immer dieselbe Kunde: „... Ja, wenn die Stadtbahn nicht vorüberginge... wenn der ganze Raum nicht keilsförmig wäre... man weiß nicht, was man daraus machen soll!“

Das wäre immer noch nicht so schlimm gewesen, wenn der Meister nicht eine Hypothek, unklünder auf Lebenszeit, gewünscht hätte. Er wollte sich auf alle Fälle sichern. Der Termin rückte immer näher heran und er fand keine Verdingung seiner Wünsche. Schließlich dachte er daran eine geringere Summe aufzunehmen, die überflüssigen Drehbänke, die Modelle und alle entbehrlichen Möbel zu verkaufen, um mit dem Erlös die nöthige Summe zu erzielen. In dieser peinlichen Situation war ihm Niemand mehr im Wege als Thomas Beyer. Er haßte ihn jetzt förmlich, er wußte nicht warum. Jedenfalls fand er es nicht für nöthig, der Gesellen Zeuge der neuesten Veränderung sein zu lassen. Wenn es schon so weit kam, daß wirklich alles Entbehrliche verkauft werden mußte, dann konnte das in aller Stille geschehen, in der Dunkelheit womöglich, und brauchte Niemand etwas davon zu wissen, außer ihm und seinem Gott! Das wäre ein Gaudium für seine Feinde gewesen, wenn sie erfahren hätten, wie es wirklich um ihn stand. Obendrein würde man ihn noch Mitleid entgegenbringen und er wolle es nicht, verlangte es nicht, und würde eher den Tod erlitten haben, ehe er es entgegen genommen hätte.

Sein ganzes Sinnes und Nachdenken ging nun darauf hin, dem Allegehen für immer den Kaufpaß zu geben. Er faßte diesen Gedanken mit Mitleid, aber es war eine Nothwendigkeit, die durchgeführt werden mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Militärvorlage im Reichstage.

Es scheint, als ob in der That eine kleine aber sehr einflussreiche Gruppe der Konservativen sich eifrig bemüht, die Situation zu verfrachten und es möglichst zur Auflösung des Reichstags zu treiben. Die „Freil. Ztg.“ schreibt: „Das Staatsministerium trat am Montag Nachmittags im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, Fürsten Hohenlohe, zu einer Sitzung zusammen. Zur Beratung stand die Entstellungnahme gegenüber den Beschlüssen der Budgetkommission zur Militärvorlage. In den Wandelgängen des Reichstags verlaute, daß die Generalität im Militärkabinett seit Donnerstag die größten Anstrengungen gemacht habe, um die Auflösung des Reichstages herbeizuführen in dem Fall der Ablehnung der Präsenzliste der Regierungsvorlage. Der Kriegeminister von Goltz hat dagegen sich bereits vollständig, wie auch die Kommissionsmitglieder am Mittwoch befunden, in Absicht des Zentrums gefunden und sich darnach einzurichten unternommen. Im Staatsministerium soll ein großer Theil der Minister, darunter auch Fürst Hohenlohe, gegen eine Auflösung sein, weil die weitgreifendsten politischen Folgen einer solchen nicht im Verhältnis stehen zu dem Streitobjekt. Ob dieser Theil des Ministeriums mit seiner Auffassung durchzubringen, bezw. dieselbe zur Kabinettsstrategie machen werde, darüber gehen die Ansichten auseinander. Die Zentrumspartei, deren Führer in der Sitzung die Verpöschung abhießen, sollen entschlossen sein, bei den Anträgen der Budgetkommission stehen zu bleiben. Falls die Regierung zur Annahme entschlossen ist, wollen die Konservativen die Situation scheinbar verschärfen, indem sie bei der Abstimmung über die Friedenspräsenzliste nach Ablehnung der hohen Jünger der Regierungsvorlage auch gegen die um 7000 Mann niedrigere Präsenzliste der Kommission stimmen. Alsdann wird auch diese niedrige Präsenzliste durch eine von rechts und links gebildete Mehrheit abgelehnt werden, und es kommt dann überhaupt keine Präsenzliste zu Stande. Diese aus Goltz' Ansicht herbeigeführte Bede soll alsdann zum Vorwand dienen für die Behauptung, daß mit diesem Reichstag überhaupt nicht zu regieren sei.“

Die „Nationalztg.“ will mit der Eventualität einer Reichstagsauflösung nicht rechnen: die Haltung der Militärverwaltung in den bisherigen Verhandlungen war nicht geeignet, eine derartige Maßregel vorzubereiten, und auch die gesamte innere politische Lage ist nicht dazu angethan.

Auch die „Deutsche Tagesztg.“ meint, die Gelegenheit mache jetzt einigermaßen den Eindruck der Verlegenheit. War die Regierung der Meinung, daß das, was sie forderte, das Mindestmaß des Notwendigen darstelle, dann hätte sie das sofort deutlich sagen müssen.

Die „Korrespondenz“ für Zentrumsblätter schreibt:

Die Sache liegt so, daß die Zentrumsfraktion, als die führende Partei in dieser Angelegenheit, durch besonders starke Frequenz von ihrer Seite die Stützen stellen muß, welche die Unabwendbarkeit der anderen Abwehmparteien lassen könnte. Und es genügt nicht, auf diese Weise nur eine notwendige Mehrheit von einigen Stimmen zu erreichen, sondern die Mehrheit muß so stark sein, daß dem Reichstag die Entschließung einer Auflösung des Reichstags behutsam nachgemittelt werden wird. Es handelt sich dabei um etwas mehr als 100 Mann. Dieser Abbruch hat eine große Bedeutung für das weitere Verhältnis zwischen Volkspartei und Militärverwaltung. Sollte es diesmal dem Reichstag gelingen, den erheblichen Abbruch durchzusetzen, so bleibt auch für die Zukunft der mögliche Grund der Volkspartei gesichert. Sollte aber zu den Niederlagen von 1887 und 1893 noch eine kommen, dann ist die Grenze am Rogen des Militäraufwandes gänzlich gebrochen.“

Seiner kann das Zentrum trotz der schönen und starken Worte seiner Presse kein Vertrauen im Volke beanspruchen, denn es hat dasselbe zu den verächtlichsten Malen auf das Schwere getäuscht durch seine vollkommeneren Thaten.

Chronik der Gewaltthätigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Urtheil.)

Das milde Urtheil über Oberstaatsanwalt Hermann, die Vollziehungsbeamten beschimpft, bedroht und mißhandelt haben, haben wir kürzlich gemeldet. Die jetzt bekannt gewordene Begründung des Urtheils meint, der Vorfall sei „an und für sich ein harmloser Studentenunfall“, entstanden aus dem Zusammenstoßen zweier verschiedener Gesellschaftsklassen. Ferner heißt es:

Es ist nicht gerade schön, aber erklärlich, daß da aus wüthender Wuth gemacht wurde. Ein solches Verhalten ist, daß die Richter bei Mithäler frühlichen Gesichts gar nicht heilig ist; das kommt auch bei Anderen vor, bei Kampfmännlein, bei Handwerksleuten u. s. w., und nicht bloß bei der Jugend, sondern auch bei hohen Beamten.

Wegen der Beschimpfungen der Vollziehungsbeamten heißt es: Aber es liegt auch in der Natur der Sache, daß ein solches Wort ein anderes schweres Wort hervorruft, und so können dann die Einlassungen und oppositionellen Redensarten hin und her.

Ueber die Bedrohung mit Verurteilung heißt die Begründung mit:

Die Sache soll dann gesagt haben: Ich sollte Ihnen den Scheißel! Nun ist das mit solcher Bedrohung mit Verurteilung eine eigenartige Sache, gegen hätte er es jedenfalls nicht; es ist eine leere Redensart, die nicht ernst genommen werden konnte.

Gleich heißt es über die Strafmessung:

Bei der Beurteilung der Strafe war sich das Gericht wohl bewußt, daß auf Widerstand gegen die Strafmessung in erster Linie Rücksicht zu sein. Diese Strafe würde aber in der That einen Rückschlag in der Beurteilung sein. Übermäßig hat man sich nicht mehr als auch zu berücksichtigen das Verhalten der Beamten, das die Herrin bei ihren Lebensverhältnissen notwendig erregt und zum Widerstand reizen mußte. Man kann nicht behaupten, daß ein Mann mit bei anderen Menschen anwesend; es muß eine Strafe geschickt werden, die der Sache nach angemessen ist.

Regierung und Arbeiter.

In den Kreisen der Bergleute im Ruhrkohlenrevier erregt die durch den preussischen Minister des Innern verordnete Beurlaubung des früheren Kampfbundesleiters Wilhelm aus Dortmund und des bei den letzten Kampfbundversammlungen gegen die Oppositioneller niedergeschlagenen Vertriebenen aus Alzenhausen nach Berlin, um ihr Urtheil in Sachen des Invalideitens- und Altersversicherungsgesetzes abzugeben, große Verwirrung. Beide sind Vertreter der langjährigsten Richtung, die bei den letzten Kampfbundversammlungen fast auf der ganzen Linie gescheitert wurde und gegen die sich zwei Drittel aller Bergleute erklärt haben. Man fragt sich mit Recht, warum man nicht auch jene Richtung zu Berlin kommen läßt, welche nicht jede und alle Maßnahmen des Kampfbundesvertrages ablehnen will, und begnügt sich vielmehr mit einer Reihe von Forderungen. In dieser Hinsicht hat bereits Parteivorstellungen angekündigt worden.

Am 18. März.

Es verläßt nach längerem Warten, die Berliner Polizei beschuldigt, am 18. März, die Gräber

der Märzgefallenen im Friedrichshain abzusperren und keinerlei Besuch oder Kranzspenden zuzulassen. Diese Maßnahme soll mit der Rücksicht auf die öffentliche Ordnung motiviert werden.

Ueber die Bestätigung Kirchner's ist bislang keine Mitteilung im Rathhaus eingetroffen. Im Reichstag wurde Fürst Hohenlohe hierüber befragt und versprach, bei dem Minister des Innern Erkundigungen einzuziehen.

Im Disziplinarverfahren gegen Prof. Delbrück ist nach der „Allg. Volksztg.“ der Termin für die Verhandlung vor dem Disziplinarhof auf den 25. März anberaumt worden.

Weibliche Fabrikarbeit soll nach dem Beispiel Bayerns nunmehr auch in Württemberg eingeführt werden, zunächst auf Probe. Vorläufig sind im neuen Etat 2000 Mark für eine Assistentin für die Fabrikinspektion ausgeworfen. Nach dem dem Etat beigegebenen Erläuterungen ist die Einrichtung so gedacht, daß die Thätigkeit der weiblichen Assistentin auf diejenigen Betriebe beschränkt bleiben soll, welche ausschließlich oder vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Auch soll innerhalb dieser Betriebe ihre Thätigkeit auf diejenigen Funktionen beschränkt bleiben, welche den gesundheitlichen und sittlichen Schutz der Arbeiterinnen in ihrer Eigenart als Frauen bezwecken. Auch soll die Assistentin die Aufsicht zwar allein, aber in festen Beziehungen mit dem zuständigen Inspektor ausüben und — abgesehen von den Fällen, in denen Gefahr im Verzuge ist — Verfügungen (einschließlich Mittheilungen an Verwaltungsbehörden, Staatsanwaltschaften) nicht selbst treffen, sondern nur beim Inspektor beantragen dürfen. Außerdem soll die Arbeitskraft der Assistentin, die der unmittelbaren Aufsicht des Präsidenten der Zentralstelle unterliegen soll, für Enquêtes über die Verhältnisse der weiblichen Arbeiterschaft nutzbar gemacht werden.

Ausland.

Schweizerische Freiheit.

Der Ausweisung des italienischen Genossen Tedeschi aus der Schweiz wegen seiner Thätigkeit am „Sozialista“ in Lugano, die übrigens, wie nachträglich bekannt wurde, keine redaktionelle, sondern nur eine administrative war, ist diejenige der Mitglieder des Bundesausschusses der italienischen Sozialisten aus der Schweiz, der Genossen Lotti, Modelltschler in Verikon bei Zürich, Curechi, Journalist in Zürich, und Speroni, Stifter in Zürich, welche letzterer seit 3 Jahren dazwischen lebte und arbeitete, auf dem Fuße gefolgt. Den Anlaß dazu fanden die Bundesanwaltschaft und der Bundesrath in einem mit der Unterschrift des Bundesausschusses versehenen Flugblatt in italienischer Sprache, das, wie es in dem bundesrathlichen Ausweisungsbefehle heißt, „die Regierung von Italien wegen der von ihr in dem Parlamente vorgelegten neuen Gesetze heftig angegriffen und beschimpft hat. Die in der Schweiz wohnenden italienischen Angehörigen werden in leidenschaftlicher Weise angefordert, Stellung zu nehmen und zu handeln. Eine solche Beschimpfung der Regierung eines Nachbarlandes durch Landesverweide ist unzulässig und kann deshalb nicht geduldet werden.“ Fast anstandslos nimmt dabei die ganze Schweizerpresse, die seit Langem einig ist in der schärfsten Verurtheilung der Corruption und der Brutalitäten des italienischen Gewaltregiments, eines anderen Standpunkt ein, sie bedauert oder verurtheilt die Ausweisungen und erklärt darin ein viel zu weitgehendes Entgegenkommen und zu große Nachsichtigkeit gegenüber den italienischen Machthabern. Sehr scharf läßt sich darüber die sozialdemokratische Partei äußern und das Züricher „Volksrecht“ schlägt einen längeren bräunlichen Artikel mit den Worten: „Die Arbeiterschaft der Schweiz protestirt gegen die unwürdige That, die sich der Bundesrath mit der Ausweisung italienischer Sozialdemokraten hat zu Schulden kommen lassen, sie brandmarkt diese That als einen Verbruch an der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes, als einen Verbruch an der Freiheit überhaupt.“ Viel erreicht ist mit dem Schlage für die italienische Regierung nicht. In Stelle der Ausgewiesenen treten vielleicht schweizerische Genossen, denen man nichts anhaben kann.

In Italien wurde am Sonntag bei der Wahl eines Reichstages in Depuntinhausen für Jochi der Republikler, einer der wegen des Unfalls in Mailand im Mai vorigen Jahres Verurtheilten gewählt.

Spanien verkauft seine Flotte. Der spanische Minister hat am Sonntag beschlossen, die Hälfte der frei werdenden Dampfschiffe in der Flotte nicht wieder zu besetzen und die Schiffe, welche ausschließlich bei den Philippinen nicht gebraucht werden, zu verkaufen.

Das Ende eines Helben. Wenn die Kubaner ihre erbliche Bezeugung erwidern haben, so denken sie es sehr unheimlich der mexicanischen Kaiserin, der Flucht und Zappeln eines Mannes, der Jahre lang, als Greis noch, die Kämpfe eines Abenteurers im Urwalde ertrug: Mariano Gomez. Und jetzt, auf der Höhe seines Erfolges, nimmt dieser Mann einen jähen Abbruch.

Die spanische Kammer hat vorgestern mit 26 gegen 4 Stimmen beschloffen, den General Mariano Gomez zur Geleit zu stellen und ihn seines Oberkommandos über das kubanische Meer zu entsetzen, weil er feindselig wird, gegen die unabhängigen Kämpfer gegen zu haben und gegen die nationale Kammer des Unterparlamentes sich feindselig gewandt zu haben. Die Generalversammlung, welche man ihm macht, sind die Kammer eine Entschädigung von zwei Millionen Dollars, die ihm von den spanischen Staaten angeboten werden, sowie seine Entlassung, er werde die Befehle der nationalen Kammer nur insoweit befolgen, als er sie für möglich erachte. Als der Beschluß der Kammer ihm mitgeteilt wurde, soll Gomez gesagt haben: „Das ist gut; die Sache wird amüßig.“

In Spanien war der Beschluß der Kammer anständig beachtet; man glaubt, daß Gomez stärker ist, als die Kammer. — Mariano Gomez hat laut Firmenschein ein Staatsrecht erlangt, worin er erklärt: Auf den Beschluß der nationalen Kammer, wonach er des Oberkommandos entsetzt werden solle, er nur ein zu antworten: Er erkenne diesen Beschluß nicht an.

Nach einer durch Haupt-Telegraphenlinien verbreiteten Meldung dagegen hätte Gomez erklärt, er sage sich der Absetzung eines von Seiten der Kammer nicht an. In seinem Namen habe er erklärt, daß es aber auch möglich, dieser Beschluß eines spanischen Senats zu weigern: Absoll oder Nichter.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. März 1899.

Im Reichstag wurde heute die Staatsberatung in zweifacher Lesung beendet. Da die Sitzung damit noch nicht ausgetreten war, wurden noch Initiativanträge und Petitionen beraten. Die Debatten waren im Großen und Ganzen unbeträchtlich. Beim Etat des auswärtigen Amtes wurden in einer Resolution Mittel für ein demnächst zu errichtendes tropenhygienisches Institut verlangt. Die Erforschung der Tropenkrankheiten gemiß sehr nützlich; vielleicht kommt man dabei auch zu einer wissenschaftlichen Analyse des Tropenfollers. Ist dann die Ursache dieser Krankheit festgestellt, dann kann man darauf eine Bekämpfung hoffen.

Die Erörterung des niederländischen Antrages auf Sicherung des Wahlgenusses u. s. w. ergab keine neuen Gesichtspunkte. Genosse Herzfeld und der freisinnige Abgeordnete Pachtke benutzten die Gelegenheit, die Wahlpraktiken mecklenburgischen Junker an's Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Der Antrag Ridert wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ein Antrag Neyl zu Herrheim auf Schaffung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen. Die Kommission bei diesem Antrag ließ einen alten lokalen Streit zwischen den Rheinstädten Worms und Mannheim wegen der in den Rhein abgeleiteten Fäkalien wieder aufleben. Herr Neyl vertrat die Wormser, der Abgeordnete Dreesbach die Mannheimer Kirchthurnsinteressen. Noch ein dritter Antrag, ein antisemitischer, auf Erlass eines Schächtverbotes sollte verhandelt werden. Der Antrag war neulich schon einmal verhandelt worden, aber damals war weder der Referent noch das Material antisemitischer Seite zur Stelle gebracht worden. Der Referent war Herr Viehhaben da, aber das Material hatte er am heute angeblich zu Hause gelassen. Der Antrag wurde Folge dessen zum zweiten Male abgesetzt. Die Antisemiten sind nun einmal die tüchtigsten und fähigsten Parlamentarier in dem deutschen Reichstag sitzen.

Nach Erledigung einer Anzahl rückständiger Petitionen schloß die Sitzung, die gewiß nichts sonderlich Bemerkenswerthes durch die in ihr gehaltenen Reden bot, aber für die eingeweihten Beobachter doch recht interessante Momente hat.

In der ersten Hälfte der Sitzung war der Reichstag anwesend und fortwährend sah man ihn im Sitzungssaal oder in den Wandelgängen mit hohen Diplomaten oder angesehenen Parteiführern im Gespräch. Es geht in den oberen Regionen etwas vor, man weiß nur nicht was, sagte sich die meiste Plebs unter den Abgeordneten. Es handelte sich natürlich um die Militärvorlage und die Haltung des Zentrums. Es soll recht urgnädige Worte gefallen sein und in den „begeisterten Kreisen“ rechnet man stark mit einer Auflösung. Das Zentrum, so wurde berichtet, arbeite bereits seinen Wadaufwurf aus. Kriegeminister v. Goltz werde natürlich der Vorlage fallen. Wenn es wirklich zum Konflikt kommen sollte, so würde wohl die Militärvorlage zurückgezogen werden. Der Reichstag würde noch den Etat in dritter Lesung erledigen müssen und dann Ende der Woche nach Hause geschickt werden. Doch wie gesagt, die Dinge sind kaum glaublich, aber man wird Alles ruhiger ansehen. Vielleicht besinnt sich das Zentrum gar bis morgen, vielleicht bescheidet sich auch die Regierung und denkt, Herr Lieber und seine Getreuen werden die fehlenden siebentausend Mann recht bald nachliefern. Es es auch kommen mag, die Sozialdemokratie steht den Vorgängen kaffälcheln zu, sie ist für jeden Wahlkampf gerüstet mag er früher oder später zu führen sein.

55. Sitzung. Montag, den 13. März 1899. 1 U.

Die zweite Beratung über das Auswärtige Amt wurde fortgesetzt.

Zu außerordentlichen Vergütungen und Unterhaltungen für Unterbeamte und Rangleichbeamte werden 67,000 Mk. gefordert. Die Forderung wird bewilligt.

Zur Unterstützung deutscher Schulen im Ausland werden 300,000 Mk. gefordert. Der Antrag der Kommission wird ausdrücklich auf Bibliotheken ausgedehnt, wird angenommen, die Forderung bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt. Die einmaligen Ausgaben werden ebenfalls genehmigt, ebenso die Einnahmen.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolutionen: 1) Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Berichte der landwirtschaftlichen Sachverständigen im Auslande den Reichstagsabgeordneten in möglichst ausführlicher Form zugehen zu lassen. 2) Die verbandelten Regierungen zu ersuchen, für die Errichtung einer tropenhygienischen Anstalt eine Forderung in den nächstjährigen Etat einzufassen zu wollen.

Die Resolutionen werden nahezu einstimmig angenommen. Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt. Es folgt die dritte Beratung des Antrags Ridert, betr. Abänderung der Wahlgesetz für den Reichstag.

Herr Pachtke (fr. Ztg.) betont, daß es sich hier nicht um irgend eine Abänderung der Verfassung, sondern nur um Bestimmungen handelt, die das bestehende Wahlrecht zu seiner richtigen Handhabung gelangen lassen soll.

Herr Herzfeld (Soz.): In Mecklenburg war die Einführung des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts seiner Zeit nicht etwa die Folge einer natürlichen politischen Entwicklung, sondern es bildete vielmehr einen Fremdkörper im Staatsleben, da vor eine Privilegierung des Volkes bei den Wahlen überhaupt nicht standen hatte. Die Ausübung dieses Rechts wurde demgemäß von den Herrschern den Kreisen in Mecklenburg sehr erschwert, wie auch das Verbands- und Versammlungsrecht in Mecklenburg so wenig gar nicht besteht, da es von der Genehmigung des Ministeriums abhängt und der Sozialdemokratie wird in Mecklenburg Verbands- und Versammlungsrecht grundsätzlich nicht gewährt. Durch wird das Wahlrecht ausgeübt, ohne daß die Bevölkerung vorher in Versammlungen in dieser Beziehung aufgeklärt werden kann. Die letzte Wahlkampagne wurde von der Regierung durch Handhabung erzwungen, welche in den sog. Arbeiterbildungsvereinen vorgenommen wurden, und zwar sollte bewiesen werden, daß diese Vereine Propaganda für Wahlzwecke trieben. Es wurde aber festgestellt, daß sie sich in früheren Jahren an Wahlen nicht beteiligt hatten und in ihren Bibliotheken Bücher besaßen, die sich nicht auf die übliche Art zu Gunsten der herrschenden Klassen richteten. Das mecklenburgische Oberlandesgericht hat entschieden, daß ein Verein ein politischer ist, wenn er bei Wahlen eine bestimmte politische Gesinnung fördern will (hier, heißt bei den Sozialdemokraten.) Aus demselben Grund werden in Mecklenburg neuerdings die Gewerkschaftsversammlungen verboten.

Man hat aber nach § 17 des Reichswahlgesetzes die mecklenburgische Bevölkerung wenigstens in Wahlmännern auch in Verbands- und Versammlungsrecht. Trotzdem wurde eine Wahlversammlung, die am 5. Juni 1898, Sonntag Nachmittags 5 Uhr, stattfand, sollte, aufgelöst, ihre Theilnahme angeflagt

Man hat aber nach § 17 des Reichswahlgesetzes die mecklenburgische Bevölkerung wenigstens in Wahlmännern auch in Verbands- und Versammlungsrecht. Trotzdem wurde eine Wahlversammlung, die am 5. Juni 1898, Sonntag Nachmittags 5 Uhr, stattfand, sollte, aufgelöst, ihre Theilnahme angeflagt

vom Gericht verurtheilt, von der Strafkammer in Schwerin aber freigesprochen. Die Verurtheilung war auf Grund des Gesetzes über die Sonntagsheiligung vom 8. August 1855 erfolgt, wonach „geräuschvolle Zusammenkünfte“ jeder Art an Sonn- und Festtagen vor 6 Uhr Abends nicht beginnen dürfen. Außerdem wurde gefügt, dieses Gesetz habe gar keine politische Bedeutung und könne daher nicht durch den § 17 des Wahlgesetzes aufgehoben werden. Nun erinnere ich Sie daran, daß im Jahre 1890/91 die Wahl des Abg. von Bergen beantragt wurde, weil eine Versammlung aus dem erwähnten Grunde aufgelöst worden war. Damals erklärte der Reichstag einstimmig, die Verordnung vom Jahre 1855 habe gegenüber dem § 17 des Wahlgesetzes keine Geltung, und der Abg. v. Bergen legte daraufhin sein Mandat nieder. — Die Tragweite dieser Verantwortung über die Sonntagsheiligung ist aber eine recht große; im § 1 derselben werden nämlich „geräuschvolle Zusammenkünfte“ an Sonnabenden und allen Abenden vor Fest- und hohen Festtagen, also an ca. 160 Tagen im Jahre, verboten. (Sdr! hört! b. d. Soz.) Der Reichstag hätte alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß solche Einschränkungen des Wahlrechts in Zukunft nicht mehr möglich sind. Außerdem hat der mecklenburgische Landtag am 10. Februar 1899 beschlossen, diesem Gesetz über die Sonntagsheiligung noch einen Zusatz zu geben, wonach auch die nicht gewerksmäßige Herstellung und Verteilung von Druckschriften für Sonn- und Festtage verboten wird. Die konservative Presse gab offen zu, daß sich diese Bestimmung lediglich gegen die Sozialdemokratie richte; und die Herren von Arnst und v. Matzan forderten bei dieser Gelegenheit den Landtag auf, gegen die Sozialdemokratie, die den Umsturz alles Bestehenden bezwecke, mit rückhaltloser Energie vorzugehen. (Sehr gut! rechts.) Es ist also ganz klar, daß dieses Sonntagsgesetz nicht nur religiöse Zwecke verfolgt, sondern daß es ist, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen und ihr auch die rechtsgesetzlichen Rechte zu nehmen. Gleichzeitig wird aber auch das Reichsgewerbegesetz durch diese Verordnung eingeschränkt und ebenso die Reichsgewerbeordnung. (Stade des Präsidiums.)

Präsident Graf Salferstrom: Ich bitte den Herrn Redner doch nicht die gesamte Reichsgewerbeordnung bei dieser Gelegenheit zu erweitern, sondern sich auf das zu beschränken, was mit dem Wahlgesetz zusammenhängt.

Abg. Dr. Herzfeld (fortfahrend): Diese Bestimmung hängt mit dem Wahlgesetz insofern zusammen, als das Verbot von Druckschriften für Wahlzwecke von größter Bedeutung ist. Ebenso ist die Saalbetriebe in Mecklenburg an der Tagesordnung. Als Nebel in Mecklenburg in einem Zirkus sprechen sollte, wurde die Versammlung aus nachfolgenden Gründen aufgelöst. Auf dem Lande konnten Versammlungen nur in Säulenhallen abgehalten werden. Also liegen die Dinge in Mecklenburg so, daß die Sozialdemokratie die Gesetzlichkeit, die bestehende Ordnung vertheidigen muß, während die Regierung die Gesetze aufheben will. Ich habe jetzt die Ehre, der einzige sozialdemokratische Abgeordnete aus Mecklenburg zu sein, aber ich glaube, sagen zu können, daß das nächste Mal mindestens drei sozialdemokratische Abgeordnete aus Mecklenburg in den Reichstag kommen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Bachem (Zentr.) erklärt sich für den Gesetzentwurf. Abg. Reisch (kons.) tritt den Ausführungen des Abg. Herzfeld entgegen. Die Wahlhandlung ginge nirgends so ordnungsmäßig zu, wie in Mecklenburg. Auch die Sache mit den Sonntagsgesetzen liege anders; die Konservativen werden da genau denselben Bestimmungen unterworfen, wie die Sozialdemokraten. — Ich treue mich über alle Maßnahmen gegen die staatsfürzenden Sozialdemokraten; aber verschuldet haben sie es selbst durch ihr gemeinsames Vorgehen. (Bravo! rechts. Wagen links.)

Abg. Haukmann-Böblingen. (Sdb. Sp.) stimmt für den Gesetzentwurf.

Abg. Frh. v. Matzan (kons.) findet, daß man den mecklenburgischen Behörden und den Herren v. Bronart und von Matzan zu großem Dank verpflichtet sein müsse, weil sie so offen den Kampf gegen die Sozialdemokratie proklamirt haben; im Uebrigen qui vivra vera. Ob Herr Herzfeld mit noch zwei sozialdemokratischen Abgeordneten das nächste Mal in den Reichstag einzuziehen wird, wird sich finden. Den großen Kladderadatsch haben sie auch nicht genug prophezeit; noch ist er nicht eingetroffen.

Abg. Wetterle (Eis.) hält die bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses für notwendig.

Abg. Pachnicke (fr. Sp.): Die Sonntagsverordnung ist hauptsächlich ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten, wodurch jedoch nichts erreicht werden wird; denn wenn die Sozialdemokraten ihre Flugblätter nicht am Sonntag vertheilen dürfen, dann werden sie sie an den übrigen 6 Tagen der Woche vertheilen.

Abg. Herzfeld (Soz.): Ich akzeptire das Zugeständnis der beiden Herren von der Rechten, daß das Sonntagsgesetz nur aus politischen, nicht aus religiösen Motiven erlassen worden ist. Die Herren haben wieder einmal bewiesen, daß wir Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten (Wagen rechts), während die Herren drüben die wahren Umstürzler sind. Wenn Sie so sehr für die Sonntagsruhe eingenommen sind, empfehle ich Ihnen, die Sonntagsarbeit abzugeben. Diefem Sonntagsgesetz würden auch wir zustimmen. (Wagen rechts. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Generaldebatte. In der darauf folgenden Spezialdebatte wird der Antrag Rieder angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrags Heyl zu Herrnsheim (natl.) auf Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen.

Abg. Frh. Heyl zu Herrnsheim (natl.) begründet den Antrag unter Hinweis auf die einschlägigen Verhältnisse auf Rheine und Main. Die Petroleumlöhne des Herrn Rodewald verunreinigen die Wasser in hohem Grade. Die Fische werden durch den Petroleumschmutz ungenießbar. Bei Ueberschwemmungen verpflanze das mit schädlichen Bazillen gefüllte Wasser die Krankheitskeime über das Land. Redner führt den Nachweis, daß eine amtliche Aufsicht durchaus notwendig sei, zumal sich Mannheim und andere Städte ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt haben.

Abg. Dreesbach (Soz.) schließt voraus, daß er nicht im Namen seiner Fraktion, sondern nur als Vertreter seines Wahlkreises Mannheim spreche. Von einer Verurtheilung des Herrn Rodewald sei keine Rede; die Beförderung der Schmutzwasser in die Main sei nach dem Urtheil Pettenkofers ungeschädlich. Der Abg. von Heyl meinte, der Mittelrhein werde durch Mannheim noch zu einer großen Noth; er überhät wohl die Leistungsfähigkeit meiner Mitbürger. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Bernstorff-Nellen (Welfe): Der Herr Redner hat die Nothwendigkeit des Gesetzentwurfs nicht widerlegt. Ich hoffe, daß die Zustimmung zu der Vorlage eine möglichst erhebliche sein wird, und daß der Kommission eine möglichst weitgehende Kompetenz übertragen werde.

Damit schließt die Diskussion. Nach dem Schlußwort des Antragstellers wird der Antrag angenommen; für denselben kommen auch die Sozialdemokraten mit Ausnahme des Abg. Dreesbach.

Es folgen Petitionen.

Die Petition, betr. die Approbation weiblicher Kerze wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Die Petitionen, betreffend den Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal werden dem Reichskanzler als Material überwiesen, desgleichen die Petitionen betreffend Änderungen des Frankfurter Gesetzes.

Es folgen Petitionen betreffend die Sonntagsruhe. Der Antrag der Kommission lautet auf Ueberweisung als Material.

Abg. Bebel (Soziald.): Es handelt sich im Wesentlichen um eine Petition der deutschen Barbier, Friseur und Perrückenmacher, die eine strengere Durchführung der Sonntagsruhe wünschen. Die Friseur- und Barbier-Gesellen sollen sofort mit Geschäftsschluß entlassen werden. Um das durchzuführen zu können, wünschen sie, daß alle Berufsangehörigen hierzu gezwungen werden, weil die Konkurrenz der Anderen ihnen dies sonst unmöglich mache. Ich glaube, daß

wir alle Ursache haben, dergleichen Wünschen nachzukommen und daß eine bloße Uebersetzung als Material nicht ausreicht. Ich beantrage daher, daß der Reichstag die Petition zur Berücksichtigung dem Reichskanzler überweise.

Abg. Hise (Zentrum) ist mit dem Vorredner im Wesentlichen einverstanden.

Abg. Dr. Kuse (natl.) und Geheimrath Werner bitten es bei dem Kommissionsantrage zu belassen.

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.) bedauert, daß so umfangreiche Petitionen hier immer am Schluß der Tagesordnung zur Verhandlung kommen; ein tieferes Eingehen auf die Wünsche der Petenten sei da gar nicht mehr möglich. Er behalte sich vor, auf die Angelegenheit bei der Beratung der Novell: zur Gewerbeordnung zurückzukommen.

Abg. Bebel (Soziald.) betont, daß es sich um den nahezu einstimmigen Beschluß der betreffenden Arbeiterreise handelt und daß das Widerstreben des Herrn von Stumm ihn mit Erstaunen erfüllte.

Abg. von Sallisch (kons.) spricht sich für die Petition aus, die von einer sehr anständigen und ehrenwerthen Gesinnung der Petenten zeuge.

Damit schließt die Debatte, der Antrag Bebel wird verworfen, der der Kommission angenommen.

Die Petitionen auf Verbot der erwerbsmäßigen Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, sowie die betreffend die Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit werden als Materia überwiesen. Ueber eine Petition auf schulpflichtige Kinder und deren Ueberweisung wird debattelos zur Tagesordnung übergegangen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Zweite Beratung der Militärvorlage. Schluß 5 Uhr 45 Min.

Preussischer Landtag.

Berlin, 13. März.

Im Abgeordnetenhause setzte heute die Beratung des Kultuseizats beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ ein. Gesprochen wurde über die Zulassung der Real-Abiturienten zum medizinischen Studium. Die Abgeordneten v. Knapp (natl.), Wetekamp (freis. Volksp.) und v. Zebly (freifonf.) traten für diese Forderung ein. Der Abg. Birchow (freis. Volksp.) ergriff die Gelegenheit, eine ganze Rede über den Rückgang der allgemeinen Bildung bei der studentischen Jugend zu halten. Vor allen Dingen beklagte er aus seinen Erfahrungen als Universitätslehrer heraus, daß das logische Denken und die Fähigkeit, allgemeine Schlüsse zu ziehen, bei den Studenten sehr zurückgegangen sei. Dann wurde über die Gehaltsverhältnisse der Gymnasial-Oberlehrer verhandelt, die verschiedenen Reformversuche an der Gymnasialbildung erörtert, und ziemlich breit über die verschiedenen stenographischen Systeme gesprochen. Die allgemeinen Gesichtspunkte traten in der ganzen Debatte sehr zurück.

Parlamentarisches.

Bis zum Beginn der Osterferien des Reichstages, am 22. März, sind die Geschäftsdispositionen vom Präsidenten Grafen Salferstrom getroffen worden. Auf die zweite Lesung der Militärvorlage werden der Dienstag und der Mittwoch gerechnet; am Donnerstag sollen die übrig gebliebenen Theile des Etats in zweiter Lesung erledigt werden. Am Freitag, den 17. d. Mis., und Sonnabend, den 18., soll die dritte Lesung der Militärvorlage folgen. Sollte dieser Geschäftsplan nicht innegehalten werden können, so werden Abendkassungen zu Hilfe genommen werden. Die dritte Lesung des Etats soll jedenfalls am Montag, den 20., Dienstag, den 21., und Mittwoch, den 22. März, stattfinden.

Partei-Angelegenheiten.

Bei den Gemeinderathswahlen in Gaarden bei Kiel wurde bei sehr schwacher Theilnehmung der von unseren Parteigenossen aufgestellte Kandidat gewählt. Er erhielt 374 von 474 abgegebenen Stimmen.

Der Verein Deutscher Sozialisten in Zürich hatte am Schluß des Jahres 1898 149 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 1579 Franks, die Ausgaben 1570 Franks. Für die Reichstagswahlen gingen 438 Franks ein. Die Geschäfte des Vereins wurden in 45 Vortrags-Sitzungen und 4 geschlossenen Mitglieder-Versammlungen erledigt.

Das internationale Vanket, an dem Sonntag in London etwa 200 Sozialisten, darunter alle bekannteren Vertreter der englischen Arbeiterbewegung, Theil nahmen, gestaltete sich zu einer nicht minder imponanten und vielleicht noch wirksameren Manifestation für die internationale Verbrüderung der Völker, als Tags zuvor das Massen-Meeting in St. James' Hall. Der Empfang, den Laures, Bander v. l. d. und Lieb. E. hatten, war ebenso enthusiastisch wie herzlich, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Austausch der Gefühle, wie er hier stattfand, wesentlich dazu beigetragen hat, die Sache der internationalen Sozialdemokratie zu fördern und die Vereinigung der sozialistischen Organisationen und Fraktionen in England zu beschleunigen.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Aus Hildesheim wird mitgetheilt: Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer des hiesigen Landgerichts den Zigarrensortierer Joh. Hofmann von hier, der in einer Wirthschaft in angetrunkenem Zustande beleidigende Aeußerungen über die Reifen des Kaisers gemacht hatte, zu zwei Monaten Gefängnis.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Flensburg der Dienstknecht Rind aus Aarhus zu sechsmonatiger Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Er hatte die Aeußerungen im trunkenen Zustande ausgesprochen.

Wegen Majestätsbeleidigung, deren er sich gelegentlich eines Wirthshausgesprächs schuldig gemacht haben soll, ist in Stenbal der Arbeiter Rünel aus Hohenegghorn zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Aus Frankfurt a. O. wird gemeldet: Vor der hiesigen Strafkammer wurde der Gärtnereigentümer Carl G. von hier wegen Majestätsbeleidigung, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Arbeiterbewegung.

Eine Konferenz der Metallarbeiter in Sachsen beschloß mit 23 gegen 15 Stimmen, der Generalversammlung des Verbandes die Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung zu empfehlen. Im Falle der Annahme verlangt die Konferenz eine Urabstimmung.

Die Weichbinder, Moler und Lachner in Darmstadt haben am Sonntag den Beschluß gefaßt, am Montag die Arbeit einzustellen, um eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen.

In Kopenhagen befinden sich die Fleischer, Wurstmacher und Darmfleischler seit mehreren Wochen im Kampfe für die Anerkennung ihrer Organisationsrechte. Die Unterzeichner der Schweinefleischerkel und Fleischwarenbranche haben schon die Forderungen bewilligt.

Der III. Kongreß aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgebiete beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands findet am 2., 3. und 4. April in Leipzig statt.

Aus aller Welt.

Beim Neubau der Tafelbrücke, die Bozen und Gries verbindet, strigte bei Abtragung der alten Brückenpfeiler die Bozener Wasserleitung ein. Auch die elektrische Leitung wurde beschädigt, und die Stadt war in Folge dessen Sonnabend Abend ohne Wasser und ohne elektrisches Licht.

Schweres Eisenbahnunglück. Aus Moskau am Don wird telegraphirt: Auf der Wladimir-Gisenbahn stießen zwei Lokomotiven, die Arbeiter zur Freimachung der durch Schneeverwehungen versperrten Geleise mit sich fahrten, zusammen. Fünf Arbeiter wurden getödtet und fünfzehn verwundet.

Die Petersburger Hofgesellschaft hatte sich kaum über den von der Gräfin Balloff heraufbeschworenen Skandal — die Dame ist mit dem Kammerdiener ihres Gatten vor wenigen Wochen nach Paris entflohen — emigrieren beruhigt, als sie von Neuem durch eine ähnliche Affaire in noch ärgerer Auslegung versetzt wurde. Wieder ist es eine Vertreterin der höchsten Aristokratie, die mit einer sehr eigenartigen Handlung der ganzen hochadeligen Gesellschaft ins Gesicht geschlagen hat. Die hübsche junge Wittwe, Gräfin Wyanoff, die zu den reichsten Damen am Zarenhofe gehört, erlaubte sich, in Liebe zu einem ihrer Diener, einem künftigen jungen Franzosen, zu entkriechen. Man erzählt sich, daß der Adonis in Livree schon lange seine reizende Herrin im Geheimen angebetet und ihr jeden Morgen ein Straußchen aufgemacht schöner Blumen auf den Toiletentisch gestellt habe. Eines Tages überraschte ihn die Gräfin dabei, wie er eine ihrer großen Photographien sah. Es war ein vornehmlich gelungenes Porträt, das sie in ihrem weißen Gewande als Ehrenbame der Partn während der religiösen Festlichkeiten darstellte. Die hieron gerührte Gräfin schickte sich veranlaßt, dem Schwärmer zu erkennen zu geben, daß auch er ihr nicht gleichgiltig sei. Das Paar verließ dann Petersburg und begab sich, wie man vermutete, nach England, wo die Trauung vollzogen wurde. Jetzt hat man die Gewißheit erlangt, daß Gräfin Wyanoff, die selbstredend nicht mehr in die Rewahadt zurückkehren gedenkt, für ihren Gatten in Bulgarien einen Landbesitz gekauft hat, dessen jeweiliger Eigentümer der Grafentitel führen darf. Der russische Hof soll an den Zaren das Verlangen gestellt haben, den Namen Wyanoff aus dem Adels-Almanach des Landes zu streichen.

Stürme und Ueberschwemmungen in Spanien. Derselben aus Murcia, Valencia und Alicante melden Stürme und Ueberschwemmungen. Mehrere Ortschaften stehen unter Wasser.

Eine Expedition zur Erforschung Zentralasiens. Aus Petersburg wird telegraphirt: Die russische geographische Gesellschaft rüht zur Erforschung Zentralasiens eine Expedition aus, deren Mittel von Kaiser Nikolaus gestiftet worden sind. Die Expedition, die voraussichtlich zwei Jahre währen wird, verläßt unter Führung des Lieutenant Riklow Petersburg Ende dieses Monats, wird den Weg durch die Westmongolei und die Wüste Gobi nehmen und sodann nach Ueberwindung des Pamir-Gebirges durch das Kunorgebiet zum Oberlauf des Selben Flusses vordringen.

Der Skat des Schwedens. Aus Tams melbet die „Adn. Ztg.“: Ein Herr X aus Ulgier hatte sich ansehnlich gemacht, mit dem Thierbändiger Emmanuel und Miß Helena in den Raubhierskäst zu gehen, mit Weiden eine Partie Karten zu spielen und Champagner zu trinken. Die Partie hatte kaum begonnen, als die Weiden wild wurden und nur mit Mühe von Emmanuel gebändigt werden konnten. Dabei glitt Emmanuel aus und eine Edwin versetzte ihm einen tiefen Krallenhieb in das rechte Bein; doch erhob er sich und züchtigte die Edwin. Die Partie wurde fortgesetzt. Die Champagnerflasche, die nun vorgenommen wurde, wollte sich aber nicht öffnen lassen, ebenso verlagte der Revolver, den Miß Helena blind auf die Thiere losstießen sollte. Da gab Emmanuel, der sichlich unter seiner Verwundung litt, das Zeichen zum Abgang, der auch glücklich unter dem Beifall der zahlreich, in höchste Aufregung versetzten Zuschauermenge bewerkstelligt wurde.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 14. März 1899.

Für die Dresdener „Zuchthäusler“

gingen bei uns ein: Durch H. Kühnel (89) 4,85 Mk., G. Fischer 50 Pf., durch Matzke (6) 4,95 Mk., Genosse R. M. Senfel 1 Mk., Genosse Otto Bechel 25 Pf., Gesammelt durch Schägler 6,60 Mk., durch Goldschmid Heyn 1,50 Mk., Friz Wersberg 50 Pf., G. Grunwald 50 Pf., von den Dürrgohren 5 Mk., Tischlerei vorm. Gebr. Guttsmann durch Böttzer (105) 4,10 Mk., Kesselschmiede vorm. Gebr. Guttsmann durch Böttzer (104) 12,75 Mk., von Buchdruckern durch Gärtel (109) 10,60 Mk., durch Gärtner (70) 10,70 Mk., mit den bereits quittirten 1900,95 Mk. in Summa 1962,75 Mk.

In der gestrigen Quittung muß es heißen: Organisirte Maler, Anstreicher und Lackier und Werkstelle Hoffmann durch Joerg 24 Mk.

Alle für das Gewerkschaftskartell bestimmten Gelder sind an den Kassirer Max Geisler, Matthiasstraße 16, III, zu senden.

* Zur Aufhebung der Jahrmärkte. Der Stadtverordneten-Versammlung theilt der Magistrat in Erwiderung auf die von ihr gestellten Anträge auf Aufhebung und Verlegung von Märkten z. mit, daß er sich mit der Aufhebung des Novembermarktes einverstanden erklärt und die Aufhebung desselben beim Provinzialrath beantragt hat. In Betreff anderweitiger Anordnungen für die Sicherheit des Christmarktes hat sich der Magistrat an das Polizeipräsidium gewandt. Die von diesem in Vorschlag gebrachten Aenderungen in der Aufstellung der Hallen und Buden u. s. w. auf den Jahrmärkten und dem Christmarkte wird der Magistrat zur Ausführung bringen lassen. Dem Entwurfe einer Polizeiverordnung über die Beleuchtung der Verkaufsstellen an den Märkten hat der Magistrat zugestimmt, und wird den Bürgerplatz nach Abhaltung des Altaremarktes vom allem Jahrmärkteverkehr freihalten. Mit Verlegung der Märkte vom Ringe nach einem in den Vorstädten gelegenen Platze kann der Magistrat sich dagegen nicht einverstanden erklären, weil solche geeignete Plätze fehlen, und die Frequenz der Märkte an und für sich schon zu wünschen übrig läßt.

* In der Breslauer Wagenbauabfabrik von Linke sind in letzter Zeit bei den Tischlern wieder öfters Entlassungen wegen Arbeitsmangels nothwendig geworden. Dabei herrscht in den genannten Werkstätten immer noch die euständige Arbeitszeit. Gerade jetzt wäre die beste Gelegenheit, den Lohn-

Kundentag einzuführen und so die meisten Entlassungen zu vermeiden. Wie uns gemeldet wird, wäre den Arbeitern diese Änderung sehr willkommen und die Fabrikleitung wird der Frage vielleicht jetzt etwas näher treten.

Durchlegung der Engelsburg. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung, das bei einer Durchlegung der Engelsburg nach dem Burgfelde in das städtische Straßengebiet fallende Grundstück Weisbergergasse 82 vom Parzellenerwerb für 12,000 Mk. anzukaufen. In der Begründung des betr. Magistratsantrages heißt es: Das Grundstück ist 106 qm groß und nur mit 821 Mk. Nutzungswert veranschlagt, weil das darauffestehende Bindewerkgebäude alt und abgewohnt ist. Der Besitzer forderte zunächst 20,000 Mk., dann 16,500 und 16,000 Mk., hat aber seine Forderung jetzt auf 12,000 Mk. ermäßigt, da wie ihm erklärt, daß wir einen höheren Preis bei der Stadtverordneten-Versammlung nicht befürworten würden. Der jetzige Besitzer hat das Grundstück im Jahre 1891 für 9290 Mk. gekauft, nach dem von uns eingegangenen Grundbuchungen jedoch in einem Verträge unter Verwandten, der nicht unbedingt feingekündigt ist. Unsere Sachverständigen hatten den realen Wert des Grundstücks auf etwa 12,000 Mk. geschätzt.

Städtischer Arbeits-Nachweis. Frequenz im städtischen Arbeitsnachweismonte in der Woche vom 5. März bis 11. März 1899: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 159; zu besetzende Stellen 75; besetzte Stellen 58. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 56; zu besetzende Stellen 120; besetzte Stellen 75.

Eine Ermäßigung des Preises für Gas, das für Hausflur- und Treppenbeleuchtung, sowie zu Heizzwecken verwendet wird, war in der Generalabstimmung über den neuen Stadthaushalt-Stat vom Stadtv. Simon angeregt worden. Nunmehr hat auch die Betriebs-Deputation in ihrer Sitzung vom 11. d. Mts. beschließen, dem Magistrat zu empfehlen, vom 1. April ab den Preis des Gases für genannte Zwecke von 12 auf 10 Pf. pro Kubikmeter zu ermäßigen.

Ein Mörder? Am 12. d. Mts. Abends fand sich in einem Kommissariats-Bureau ein junger Mann ein, der sich des schwersten Verbrechens, einer Mordthat, bezichtigte. Der junge Mann, der sich auch einer Unterschlagung beschuldigte, wurde daraufhin sofort festgenommen und in Begleitung zweier Schutzleute in das Polizeigefängnis gebracht. Des Näheren werden hierüber folgende Angaben gemacht:

Der Verhaftete nennt sich Arthur Ginner, ist Buchbindungsgehilfe und wohnt zuletzt in Berlin auf der Koblenzstraße gewohnt haben. Ueber die Mordthat, die er begangen haben will, macht er vollständig glaubwürdige Angaben. Danach ist er am 9. Dezember von Berlin nach Spandau gefahren, um sich diese Stadt anzusehen. Hier hat er bis spät Abends zeitliche Kneipen besucht und begab sich dann zu Fuß auf den Weg nach Berlin. Auf unterwegs will er verschiedenen an der Straßenseite stehenden Restaurationslokale Besuche abgetrieben haben. Als er sich dann endlich auf den Heimweg machte, bemerkte er, daß sein Geld zu Ende gegangen war und da will ihm plötzlich der Gedanke durch den Kopf geschossen sein, jemanden zu erlögen und sich dessen Geld anzueignen. Von Berlin her kam ihm zu dieser Zeit ein Vetterwagen entgegengefahren, dessen Führer schielte. Da will er nun hinten auf den Wagen geklettert sein und eine auf demselben liegende Habsbade ergriffen haben, mit der er dem Schlafenden den Schädel einschlug. In einer Laute fand er bei dem sofort Verstorbenen ein Portemonnaie mit 450 Mark, das er sich aneignete. Dann begab er sich nach Berlin, wo er bei einem Verlagsbuchhändler Stellung hatte. Nun macht er noch die Angabe, seinem Prinzipal im Laufe des verflohenen Monats größere Summen unterschlagen und die Unterschlagungen durch falsche Buchungen gedeckt zu haben. Als er am 1. d. Mts. seine Stelle verlor, begab er sich zunächst nach Waldenburg zu seiner Mutter und von da nach Breslau. Da nun sein Vermögen fortgesetzt primäre, wollte er sich freiwillig der Polizei. Aus den Verhörungen will er bald nach der angeblich von ihm begangenen Mordthat erfahren haben, daß der Erschlagene ein Heubändler aus Spandau gewesen sei. Ob die juristische Sachverständigen des 21 Jahre alten Menschen auf Mordthat steht, muß erst festgestellt werden. Die hiesige Polizei-

behörde hat die Polizeibehörde in Spandau telegraphisch von der Festnahme und dem Geständnis in Kenntnis gesetzt und um Benachrichtigung ersucht. Die eingegangene Antwort lautet dahin, daß an der bezeichneten Stelle der Handelsmann aus Spandau — allerdings in der Nacht zum 30. November — erschlagen worden sei. Bei dem Verhafteten, einem kleinen schwächlichen Menschen, fand sich ein scharfgeladener Revolver vor.

Städtischer Str. 11. Am 11. d. Mts. Abends, fand in einem hiesigen Hotel eine große Hochzeit statt. Einer der Festteilnehmer, Oberleutnant Kalkhoff vom Infanterie-Regiment 62 in Cosel hatte, als er sich nach dem zweiten Stock begeben wollte, das Unglück, über das Treppengeländer zu stürzen. Er war im Fallschuh bewußtlos liegen geblieben und wurde sofort in das Allerheiligen-Hospital geschafft. Beim Eintreffen dafelbst war er bereits verstorben.

Selbstmord. Am 12. d. Mts., Abends gegen 10 Uhr, wurde in der Nähe der Polizeidirektion von zwei Männern eine Frauensperson aus der Oder gezogen, welche nach kurzer Zeit verstarb. Dieselbe ist etwa 25 Jahre alt, hat schwarzes Haar und trägt schwarzes Kleid, Taille, braunes Winterjaquet und schwarze weiße Schmal.

Ueberfahren. Als am 11. d. Mts., Nachmittags, ein Kalkwagen in das Grundstück Lohstraße 67 einbog und sich festfuhr, wollte der Bauunternehmer Illorich beim Vorwärtsstoßen des Wagens bedürftig sein. Hierbei kam er aber zu Fall und geriet unter die Räder, die ihm so schwere Verletzungen bebrachten, daß Urlaub alsbald verfiel.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 10. u. 11. d. 36 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Eine Perlenkette, eine goldene Damenuhr, vier Meter schwarze Spitze, ein goldener Ring mit einem Stein, eine kleine Schere, ein Taschentuch, ein Saft Gefäß und ein Portemonnaie, enthaltend eine silberne Damenuhr. — Abhandelt kamen: Ein Zwanzigmarsch, ein goldener Ring mit einem blauen Stein, ein Speziesbuch mit einem silbernen Griff, grz. D. S., ein Wechsel über 100 Mk. und zwei Portemonnaies mit 250 Mk. und 6 Mk. Inhalt.

Mittwoch, 12. März. Raubanfall. In der Nähe unseres Ortes wurde ein Viehhändler aus Neu-Mittelwalde von zwei jugendlichen Straländern überfallen, mißhandelt und seiner beträchtlichen Beute beraubt. Die Räuber, Namens Richter und Start, sind ermittelt und sitzen bereits hinter Gittern und Angel.

Eben, 13. März. Die Destillateure von Eben haben sich dahin geeinigt, ihre Räder vom 1. April d. J. ab an den Sonntag-Nachmittagen zu schließen. Das könnte auch an anderen Orten nicht schaden!

Städt. 13. März. Ausperrung. Wie die „Völkische Volkszeitung“ mitteilt, sind die Tabakarbeiter der Firma Gürtel ausgesperrt worden. Den ersten Anlaß zu diesem Vorgehen gab ein Arbeiter, aber durchs Handlungswiese sich Arbeiter und Arbeiterinnen zu beschweren viel Anlaß haben. Die berechtigten Klagen fanden bei der Fabrikleitung kein Gehör und so kam es zum schließlichen Ausbruch aller Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen.

Stegan, 13. März. Graf Füller in Klein-Tschelene überbrachte ihm 9 Annahmegerichteten „Staatsbürgerrecht“ mit, daß er seinen Posten als Amtsbürger nicht entlassen werden, sondern von demselben zurückgetreten sei. „Die Regierung“, so schreibt er, hat mir nach meiner zweiten amtlichen Heide allerdings geantwortet, daß die Regierung gegen mich eingeleitet. Da ich nun genau weiß, daß ein solches Verfahren mit meiner gewaltigen Abfertigung enden würde, so habe ich der Sache vorgebeugt und habe freiwillig die Amtsgeschäfte des Amtsbürgers an meinen Herrn Stellvertreter abgegeben.“

Stettin, 12. März. Defekturen. Sonnabend Abend wurde hieselbst der Defekturen Kerkel vom Granadier-Reg. Nr. 11 verhaftet, als er mit einer Dame aus Ratiboritz im Hotel „Prinz von Brauner“ Abendspazier gehen wollte. Gekommen nach

mittag wurde er von zwei Unteroffizieren des hiesigen Regiments seinem Truppenteil zugeführt.

Kattowitz, 13. März. Ein kleiner Feld. Der gierungspräsident zu Oppeln hat dem eiführigen Schultze Wolf Groß in Wiese gratuliert, Kreis Neustadt, eine Belohnung von 25 Mk. bewilligt für die Errettung des auf dem Eise eingebrochenen Knaben Brecher vom Tode des Ertrinkens.

Wysowitz, 13. März. Brand. Western in der Mittelnunde haben drei Knaben aus Wilschminenbütte die Schornung, die Wylowitz-Grube auf den angekauften Feldern nach Schoppen angelegt hatte, angezündet. Das Feuer dauerte den ganzen Nachmittag. Die Anlage ist vollständig vernichtet.

Oppeln, 13. März. Epidemische Krankheiten. Genickstarre wurde, wie das „Oberschl. Tagebl.“ berichtet, in Libawa, Kreis Pleß, festgestellt. Geeignete Sicherheitsmaßregeln sind getroffen worden. — In Oppeln ist eine Magd an der Pockenkrankheit gestorben, die kürzlich nach Czestochau in Rußland gewandert war.

Königsgrätz, 13. März. Von der russischen Grenzpolizei wurde am 12. d. Mts. in der Nähe von Grotzowitz in Posen auf russischer Seite ein Schmutz von russischen Grenzpolizisten, welche er vorher bestochen hatte, beschlagnahmt.

Kawitzsch, 12. März. Eine öffentliche Bauarbeiterversammlung fand heute im Lokal des Gastwirt Sad halt. Dieselbe war gut besucht. Als Referent war Gen. Bogomski, Posen, erschienen. Derselbe schilderte in seinem ausführlichen Vortrag die Verhältnisse in dem Baugewerbe, kritisierte das Dresdener Urteil und wies nach, daß nur durch Organisations- und festes Zusammenhalten für die Bauarbeiter eine befriedigende und menschenwürdige Existenz geschaffen werden kann. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach Schluß der Versammlung erklärten sich mehrere Bauarbeiter bereit, eine Zeit ihres Verbandes hierorts zu gründen.

Posen, 13. März. Konfiskation. Die hiesige Stadtkammer verfügte, wie man der „Schl. Bzg.“ telegraphisch die Beschlagnahme aller Exemplare von Nr. 277 der „Nowa Reforma“ der Nr. 282 des „Czas“ vom Dezember 1898 aus Krakau, in der Artikel neben, die die preussische Polenpolitik besprechen und Majestätsbeleidigungen enthalten.

Sosnowitz, 13. März. Elf Personen verbrannt. Im Dorfe Patum in Rußisch-Polen kam, nach der „Rattow-Bzg.“ während der letzten Nächte in dem Hause eines Landmanns Feuer zum Ausbruch, das sich mit rasider Schnelligkeit verbreitete, daß binnen kurzer Zeit neun Wohnhäuser in Flammen standen. Das Feuer hatte die Leute im Schlafe überrascht, so daß viele Tod in den Flammen fanden. Die erschreckten Leute schlenen schließlich den Kopf verloren zu haben. Am nächsten Morgen wurde elf verbrannte Leichen unter den Trümmern hervorgeholt. So am Leben gebliebenen Landleuten haben viele ihr ganzes Hab und Gut verloren.

Beizafaken.

D. Th., Oberkassa. Das abschriftlich mitgetheilte Gebot betreffend die Abnahme der Verurtheilten, war uns schon bekannt. In Abdruck erscheint es nicht geeignet. Es ist nicht nur in der Form total fehlerhaft, sondern, was viel schlimmer ist, es verhöhnt auch aller Mäßigkeit in größlicher Weise gegen wahres Gefühl, abgesehen davon, daß es in pluriestlicher Weise Form und Inhalt ungenau. Den Arbeitern soll man Besseres, ja das Beste vom Besten darbringen.

Quittung.

Zum Wahlsonde gingen ein durch Debet 80 Pf.

Stadt-Theater.
Dienstag:
„Der Richter von Zalamea“
Mittwoch:
Gastspiel Emil Gerhäuser,
und Carl Somer.
„Fidelio“.

Deutsches Theater.
Dienstag:
Gastspiel Emil Richard.
„Meister Doctor“.
Mittwoch:
Gastspiel Emil Richard.
„Die beiden Reichsmüller“.

Bolks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe 1. 2. Vorstellung:
Dienstag:
Gruppe 2. 3. Vorstellung:
„Die Zänker“.

Lobe-Theater.
Dienstag:
„Die Grimathlosen“.
Mittwoch:
„Die Grimathlosen“.

Möbel,
Spiegel und Polsterwaren
in eigener Werkstatt vom besten
Material gefertigt.
Bisweilen billiger.
Gep. Tischgarnitur, etc. 90 Mk.
Salontisch 18.
Küchentisch 12.
Schreibtisch 15.
Sessel 12.
Stuhl 8.
Sofa 25.
Pflanzen in gutem Eisen 20.
Kücheltische mit Platte 30.
Abbruch mit hoher Decke 3.
und überall andere Aufstellungen.
Tische bekommt man nur bei

20 Kinderwagen
werden einzeln auf Abzahlung bei einer Anzahlung von 5 Mark und einer wöchentlichen Abzahlung von 1 Mark an abgegeben.
S. Osswald,
Schuhbrücke 74, 1.

Transport-Dreiräder
nach bewährten Systemen.
Kräftig gebautes Dreirad mit Kasten hinten. Tragkraft ca. 100 kg.
Dreirad mit Kasten vorn. Leichteste Lenkbarkeit. Beanspruchung der Waare während der Fahrt.
Jul. Dressler & Co., Breslau, Bohrauerstrasse 7, Harrasgasse 4/6.

Gegründet 1879
S. Hurtig
reichhaltiges Lager nur gutgefertigter reeller Herren- und Knaben-Garderoben.
Kleine Systeme ermöglichen uns zu auffallend billigen oder streng festen Preisen zu verkaufen.
Wie bisher
Nur
Ohlauerstr. Nr. 84,
1. Etage
Gep. Schuhmacher.

Soeben erschienen:
Das Dresdener Zuchthaus-Urtheil vor dem Reichstag
aus dem städtischen Staatsgraphischen Vericht.
Mit einer Einführung.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition und Colporteurs.
Großer Posten
Gardinen, Kleiderstoffe, Handtücher, Zücher, Juwelen feinsten billiger.
David Freund,
Carlstraße 23,
Ecke Carlstraße.

Um dem Auge die notwendige Pflege zukommen zu lassen
die Augenkrankheiten ganzem Augenblicke Grundbedingung.
Je früher sie beseitigt werden um desto mehr die Augenkräfte erhalten. Es empfiehlt sich zur gewissen Kranken von richtigem Augenarzt.
Richard Fiedler, Optiker, Breslau,
I. Albrechtsstr. 10. — II. Am Kaiser Wilhelm-Deakmal.
Breslau und Hirschberg für Frauen und Herren 1.50, 2.00, 2.50, 3.00 Mk. bis zu den feinsten Ausführungen. 4650

Confirmanden-Anzüge 7 Mk.
Herren-Anzüge mit Hemd, Sack, 10 Mk.
Bräutigam-Anzüge 3 Mk.
Knaben-Anzüge für Schule und Haus 5 Mk.
Hochparade Knaben-Anzüge 4.96
für das Alter von 2 bis 16 Jahren 4.50 Mk.
D. Juliusburger, Superfärberstr. 31

Während des Umbaus
4642 befindet sich mein
Verkaufslokal
nicht Ring 56, sondern
58, Ring 58
Harmonika-Fabrik
J. Plau, Inh. E. Schütze
Die Sozialdemokratie
und das
allgemeine Stimmrecht
von
August Bebel.
Preis 20 Pf.
Sozialdemokratisches
Liederbuch
von
Max Kegel.
Preis 40 Pf.